



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Ausgabe 7/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

ein echter Paukenschlag kurz vor der parlamentarischen Sommerpause. So oder so ähnlich könnte man beschreiben, was sich am letzten Mittwoch im Plenarsaal des Landtags ereignet hat. Die SPD-Fraktion hat nämlich, gemeinsam mit den Grünen, die Einsetzung einer Enquete-Kommission verhindert.

Warum ein Paukenschlag? Ganz einfach: SPD und Grünen haben sich zum ersten Mal über eine geübte parlamentarische Praxis hinweggesetzt und wohlbegründet einen Antrag der AfD abgelehnt. Normalerweise stimmen alle im Landtag vertretenen Fraktionen nämlich für die Einsetzung einer entsprechenden Kommission, die dann – über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg und mit Unterstützung von externen Sachverständigen – möglichst einvernehmlich gesamtgesellschaftliche Lösungen für einen komplexen Sachverhalt erarbeiten soll.

Genau das Gegenteil steckt aber hinter dem Antrag der AfD-Fraktion. Bereits der Titel dieser geplanten Enquete-Kommission, und erst recht die lange Herleitung des Fragenkomplexes, der bearbeitet werden sollte, zeigen: der AfD geht es nicht um Erkenntnisgewinn, sondern um die Bestätigung ihrer bereits feststehenden Meinung. In der Sache geht es – wie könnte es bei der AfD auch anders sein – um „Parallelgesellschaften und drohende No-go-areas“. **Mit ihrem Antrag möchte die AfD keine gesellschaftlichen Herausforderungen lösen, sondern Millionen von Menschen, die friedlich mit uns leben, aufgrund ihrer Heimat, ihrer Herkunft oder ihres Glaubens ausgrenzen und herabwürdigen.** Die Grünen haben sich unserem Vorgehen angeschlossen – im Gegensatz zur Schwarz-Gelben Landesregierung, die es durch ihre Enthaltung einmal mehr versäumt hat, sich eindeutig gegen „Rechts“ zu positionieren.

Ansonsten ist die letzte Newsletter-Ausgabe vor der sitzungsfreien Zeit noch einmal vollgepackt mit **Besuchen und Aktivitäten der „Drei für Bochum“**, die gemeinsam und in ihren jeweiligen Wahlkreisen unterwegs waren. Wir wünschen Euch jetzt erst einmal wunderbare freie Tage mit Familie und Freunden und viel Spaß beim Lesen!

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

Jugendlandtag: Junge Vertretung für die „Drei für Bochum“

Drei spannende Tage Jugendlandtag liegen hinter den Bochumer Kandidaten Leila Milouda Zakari, Tim Pöppel und Lars Schilling. Drei Tage, in denen sie diskutiert, debattiert, gestritten und nach Kompromissen gesucht haben. Dabei zeigten sich Tim und Lars vor allem von den gut durchorganisierten Abläufen im Parlament sehr **beeindruckt**. „Der Jugendlandtag hat mir gezeigt, wie komplex Gesetzgebungsverfahren sind und wie viele



engagierte Menschen es dazu benötigt“, erklärte Lars, der gerade sein Abitur am Schiller-Gymnasium gemacht hat. Und auch Tim, der noch Schüler ist, konnte den Äußerungen seines Bochumer „Landtags-Kollegen“ nur zustimmen. „Es war faszinierend, wie strukturiert und intensiv in den verschiedenen Zusammensetzungen über ein Sachthema diskutiert wurde.“ Dazu trug auch die Expertenanhörung bei, also die zusätzliche externe Expertise von Wissenschaftlern und Fachleuten, um alle Aspekte eines Themas umfassend zu beleuchten. Eine besondere Aufgabe hatte Leila zu absolvieren, die für Carina Gödecke im Landtag saß und während der abschließenden Plenardebatte die Aufgaben der 1. Landtagsvizepräsidentin übernehmen durfte. Noch mehr als von diesem anspruchsvollen Amt war sie jedoch von der großen Anzahl junger Menschen beeindruckt, die sich intensiv mit politischen Themen auseinandergesetzt haben und rät jeder und jedem, sich ebenfalls für den Jugendlandtag zu bewerben.



Der diesjährige Jugendlandtag hielt für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein interessantes Themenangebot parat: neben einem günstigeren Nahverkehrsticket für Auszubildende und verpflichtenden Informatik-Unterricht an Schulen, ging es in der Aktuellen Stunde des Plenums außerdem um die anspruchsvollen Themen Erhöhung des Mindestlohns und das neue Polizeigesetz. Die gefassten Beschlüsse fließen demnächst auch in die regulären Beratungen der entsprechenden Ausschüsse mit ein.

Die Bochumer Jugendlandtagsvertreter ziehen jedenfalls ein positives Fazit ihrer Mitarbeit im Düsseldorfer Landtag, denn nun können sie die politischen Zusammenhänge und parlamentarischen Abläufe viel besser nachvollziehen. Alle sind sich zudem einig, dass sie sich ehrenamtlich mehr engagieren möchten, ob nun in einer Partei, einem Verein oder im Rahmen von kurzfristigen politischen Engagements wollen sie davon abhängig machen, wie sehr sie durch ihre schulische und berufliche Ausbildung zukünftig gebunden sind.

Besucherguppe der Volkshochschule Bochum im Landtag bei den „Drei für Bochum“

Ganz besonderes Glück hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer kleinen Besucherguppe der Volkshochschule Bochum, die jüngst das Landesparlament in Düsseldorf besuchte. Denn sie konnten in der einstündigen Gesprächsrunde gleich mit allen drei Bochumer Landtagsabgeordneten Carina Gödecke, Prof. Dr. Karsten Rudolph und Serdar Yüksel diskutieren und erhielten auf diesem Wege interessante Einblicke in ihre politische Arbeit.



Zuvor konnte die Gruppe live von der Zuschauertribüne des Plenarsaals eine aktuelle Stunde zum Thema **„Wohnungslosigkeit von Frauen“** verfolgen, welche von der SPD-Fraktion beantragt wurde. Die sorgte dann auch für Stoff bei der anschließenden Diskussion mit den Abgeordneten. So erklärte das Bochumer Trio noch einmal das Kernanliegen der aktuellen Stunde: Wie können Staat und Politik



Frauen helfen, die, beispielsweise durch Flucht vor häuslicher Gewalt, wohnungslos geworden sind und nicht mehr aus Angst nach Hause können? Aus Sicht der SPD-Fraktion passiert hier noch viel zu wenig.

Daraus entspann sich schnell ein Austausch über die Sozialpolitik im Allgemeinen, etwa über die Forderung der SPD nach einem sozialen Arbeitsmarkt, der Langzeitarbeitslosen die Aussicht auf einen Job geben soll. Denn gute Arbeit, die das eigene Auskommen sichert, gehört zur Menschenwürde dazu.

MdL-Tag in Bochum: Abgeordnete unterwegs im Wahlkreis

Unser MdL-Tag hat für uns diesmal zwei ganz unterschiedliche Besuchstermine parat gehalten: die Bochumer Produktionsschule fördert seit 2015 Jugendliche bis 25 mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Dabei werden die jungen Menschen Schritt für Schritt und unter realen Bedingungen an Ausbildung und Arbeit herangeführt. Die Schwarz-Gelbe Landesregierung hat dieses gut funktionierende Instrument im Übergang aus der



Schule zum Beruf nun wegen angeblich zu niedriger Erfolgsquoten abgeschafft, eine qualitative Datenerhebung hat es jedoch nie gegeben. Dadurch hätte man auch die zahlreichen „positiven Abbrüche“ und die damit einhergehende Vermittlung in Ausbildung, Arbeit oder an andere Schulen erfassen können. Nun soll das sogenannte Werkstattjahr wiederbelebt werden, das jedoch Jugendlichen nur noch bis zum 19. Lebensjahr berücksichtigt und dadurch bis zu 1000 junge Menschen, die bislang vom System der Produktionsschule profitiert haben, an die Regelinstrumente der Arbeitsagentur und des Jobcenters verweist. So erzeugten die Schilderungen von Werner Fuhrmann, dem Leiter der Bochumer Produktionsschule, am Ende nur Kopfschütteln bei Carina Gödecke und Karsten Rudolph, die sich am Ende einig waren, dass die politische Entscheidung von Minister Laumann die bewährten Strukturen der Produktionsschule dauerhaft zerstört.



Um ein anderes interessantes Thema ging es beim Besuch der Bochumer Verbraucherzentrale (VZ), die im Jahr 2017 die immens hohe Zahl von 15.000 Anfragen erreicht hat, denn der Verbraucheralltag wird zunehmend komplizierter. Gerade im Bereich der Digitalisierung nehmen Fragen zu den Themen Handyverträge, Onlinebanking, Datensicherheit oder auch In-App-Käufe einen immer größeren Raum ein. So konnten die Leiterin der Bochumer VZ, Andrea Thume, sowie der Vorstand der Verbraucherzentrale NRW, Wolfgang Schuldzinski, eindrucksvoll zahlreiche Beispiele schildern, wo die Verbraucherzentrale Betroffenen weiterhelfen konnte. Neben Einzelberatungen schult die VZ zudem viele Interessierte in den unterschiedlichsten Bereichen der Verbraucherbildung, um sie beispielsweise vor Energiearmut oder Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Damit die hohen Beratungsstandards der VZ langfristig erhalten bleiben sicherten Gödecke und Rudolph zu, sich für eine langfristige Absicherung der Mitarbeiterstellen einzusetzen.

Politiktalk in der Synagoge zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus

„Ich bin hier, um für Solidarität und Miteinander zu werben. Wir brauchen ein Bündnis zwischen dem Ruhrgebiet und der Lausitz, um entschlossen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus vorzugehen“, so die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Serdar Yüksel und Guntram Schneider, dem früheren Landesminister für Arbeit, Integration und Soziales,



diskutierte sie am Dienstagabend in der Bochumer Synagoge über den wachsenden Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland. Durch den Politiktalk führte der Moderator Martin von Berswordt-Wallrabe. Der Vorsitzende der SPD Bochum und Landtagsabgeordnete Prof.

Dr. Karsten Rudolph stellte in seinem Grußwort klar, wie wichtig es vor dem Hintergrund der aktuellen Angriffe gegen jüdische Kinder und Jugendliche und der verbalen Entgleisungen rechter Gruppierungen ist, auf politischer Ebene über Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu sprechen. In der öffentlichen Diskussion wird diese zumeist als ostdeutsches Phänomen dargestellt: die Ostdeutschen seien nicht richtig angekommen, und nur mühsam in die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Westens zu integrieren, so gängige Vorurteile.

„Wir müssen als Sozialdemokratinnen und –demokraten die Probleme der Menschen vehement angehen. Es geht um einen gerechteren Sozialstaat, um Arbeit, Gesundheit und gute Lebensbedingungen für alle“, bekräftigt Guntram Schneider. Bildung allein sei nicht der Schlüssel zu einem offenen und toleranten Miteinander. In einer Gesellschaft, in der Tabus gefallen sind und die Grenzen des Sagbaren verschoben wurden, mangle es auch an Verantwortung und Gesinnung, so der Landesminister a.D.

Im anschließenden Publikumsgespräch ging es auch um konkrete Maßnahmen und die Frage, wie sich Zivilgesellschaft und Politik gegen rechte Kräfte und Meinungen durchsetzen können. Die Anwesenden im Saal und auf dem Podium waren sich einig, dass es mehr Zusammenarbeit und Miteinander braucht. Serdar Yüksel griff genau dies in seiner Schlussbetrachtung auf und schlug einen erneuten Gegenbesuch in Sachsen vor: **„Wir müssen nah bei den Menschen sein und mit ihnen sprechen. Nur so können wir sie verstehen und ihre Anliegen in die Landes- und Bundespolitik tragen. Das muss unsere Kernaufgabe als Parlamentarier sein.“**

Serdar Yüksel grillt Stadionwürste bei der Wohnungslosenhilfe der Diakonie Wattenscheid



Mit den Jahren ist es zu einer festen Tradition geworden, dass der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel jährlich zur Weihnachtszeit bei der Diakonie aushilft. Aufgrund der steigenden Obdachlosenzahlen und schwerer gewordenen Verhältnissen für Wohnungslose war ihm klar: **„Einmal im Jahr reicht nicht!“**

Vor diesem Hintergrund hat sich der Abgeordnete überlegt, ein Grillfest beim Mittagstisch der Wohnungslosenhilfe zu veranstalten. Die Besonderheit dabei war, dass Yüksel die Stadionwurst, die traditionellerweise bei den Heimspielen der SG Wattenscheid 09 verkauft wird, mit im Gepäck hatte. Oliver Thiers, von Thiers Fleisch- und Wurstwaren GmbH, hatte sich netterweise bereit erklärt, die Stadionwurst für das Grillfest zur Verfügung zu stellen. Die von Thiers und Yüksel gespendeten Lebensmittel wurden mit Hilfe des tatkräftigen Diakoniewerk-Küchenteams zubereitet und anschließend an der Essensausgabe verteilt. Tatsächlich trifft die Wohnungsmisere sozial Schwächere und Arbeitslose

bundesweit sehr viel existenzieller als zuvor – und zwar seit vielen Jahren. Sie finden keine Wohnung mehr, sondern nur temporären Unterschlupf. Zehntausende leben auf der Straße – Tendenz steigend! „Die Menschen werden auf der Straße krank: körperlich und seelisch. Sie leiden unter Einsamkeit und Stigmatisierung und werden Opfer von Gewalt, vor allem Frauen. Einmal auf der Straße gelandet, haben sie zudem kaum eine Chance, wieder eine Wohnung und ein geregeltes Leben zu finden, weil die Vorurteile zu groß sind. All das ist menschliches Elend, das vermeidbar wäre, gerade in einem Land wie Deutschland. Ich möchte mich daher ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Diakoniewerks für ihre wichtige Unterstützung hier vor Ort bedanken. Der Mittagstisch und das Diakoniewerk als Ganzes leisten einen **wichtigen Dienst für die bedürftigen Menschen in Wattenscheid**“, so Yüksel im Vorgespräch mit dem Team der Diakonie.



Was macht das Dasein als PolitikerIn aus?



„Wohl auch, dass man eine gewisse Bereitschaft zeigen muss, unabhängig wie turbulent die Tage und Stunden zuvor waren, neue Eindrücke aufzunehmen und in die eigenen Ansichten miteinzubringen und somit eine lebendige demokratische Kultur zu erhalten.“

So besuchte Carina Gödecke am Freitag die unfreiwillig aus dem Landtag ausgeschiedene SPD-Abgeordnete Tanja Wagener in Siegen. Ein solches Treffen

war schon lange vorher verabredet worden, jedoch war es nicht zuletzt auf Grund des klassisch vollen Terminkalenders von Carinas Seite nicht eher möglich gewesen. Zum Glück zeigte Tanja dafür vollstes Verständnis, sie kannte wohl derartige Probleme auch aus ihrer Zeit als Parlamentarierin.

In Siegen angekommen, standen zahlreiche Besuche auf dem Programm, so etwa im Marien Hospiz Louise von Marillac, wo ein Gespräch mit der Leitung von eben jenem und mit Mitarbeitern stattfand. Dem folgte nahtlos ein Besuch der Tagespflege und des Demenzservicezentrums des Caritasverbandes. Anschließend besichtigte sie den Palliativbereich des Katholischen St. Marien Krankenhaus Siegen, ein Bereich der Medizin, welcher sich die Beherrschung von Schmerzen oder

anderen Krankheitssymptomen bei Patienten mit einer begrenzten Lebenserwartung zum Ziel gesetzt hat. Nach einem stärkenden Mittagessen im Krankenhaus ging es auch schon weiter zum Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe in Südwestfalen, wo Carina die Baustelle von diesem besichtigen durfte.



An diesem Tag wurden bestimmt viele Eindrücke gesammelt, welche wohl auch so bald wie möglich mit den fachpolitischen Kollegen geteilt wurden oder noch werden. Gerade bei einem politisch so angespannten Thema, besteht definitiv eine solche Notwendigkeit. Das gehört wohl auch zum Politiker-Dasein dazu.“

Gelegentlich kommt es vor, dass wir Praktikantinnen und Praktikanten in unseren Abgeordnetenbüros haben und betreuen, etwa im Rahmen ihres Studiums oder eines Schülerpraktikums. Sie erledigen dabei anfallende Aufgaben und erhalten Einblicke in die alltägliche Arbeit eines Abgeordnetenbüros. Gegenwärtig haben wir einen Praktikanten (Malte Zimmermann) des 9. Jahrgangs, der diesen kurzen Bericht über einen Besuch von Carina Gödecke in Siegen verfasst hat.

Podiumsdiskussion zum Thema: Sicherheit im öffentlichen Raum



Die Sowi-Kurse der 11. und 12. Klasse am Neuen Gymnasium hatten ein breit gefächertes Podium zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum eingeladen und alle waren gekommen. So waren neben Wolfgang Bosbach auch der frühere GdP-Landesvorsitzende Adi Plickert, der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Fritjof Schmidt sowie die Landtagsabgeordneten Gabriele Wagner Demolsky und natürlich auch Karsten Rudolph vor Ort und stellten sich den Fragen der über 200 Schülerinnen und Schüler. Wo ist der Unterschied zwischen gefühlter und tatsächlicher Gefahr, welche Maßnahmen werden ergriffen, damit sich Bürgerinnen und Bürger wirklich sicherer fühlen und wie sehr hat sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren tatsächlich verändert. Spannende Einblicke in die ganze Bandbreite des Themas aber auch mit dem versöhnlichen Abschluss von Dr. Chakkarath, Entwicklungspsychologe von der Ruhr-Uni Bochum: „Vorsicht macht Sinn, denn sie hat die Menschheit überleben lassen, aber die weit verbreitete „German Angst“ in einem der sichersten Länder der Welt ist tatsächlich unbegründet.“

Neues aus dem Plenum im Landtag NRW

Die Rückkehr zu G9 kommt , aber ...

Pünktlich zu den Sommerferien hat der Landtag Nordrhein-Westfalen die Rückkehr zu G9 beschlossen. So werden ab dem Schuljahr 2019/2020 die Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, die sich dann in den Jahrgängen 5 und 6 befinden, wieder das Abitur nach neun Jahren machen können. Die Rückkehr zu G9 an den nordrhein-westfälischen Gymnasien ist ein gutes und richtiges Zeichen für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Trotzdem haben wir uns bei der Abstimmung im Landtag enthalten. Dafür gibt es folgende drei Gründe:

1. Am Wichtigsten: Die SPD-Landtagsfraktion möchte, und das ist auch das Ergebnis aus den Gesprächen mit vielen Experten und betroffenen Schulen, eine einheitliche Regelung für alle Gymnasien und keinen Flickenteppich. Denn das nun beschlossene Gesetz von CDU und FDP sieht vor, dass die Schulkonferenz jedes Gymnasiums selbst über das Verbleiben bei G8 oder die Rückkehr zu G9 entscheidet. Dies kann aber zu einer für Schülerinnen und Schülern sowie für Eltern unübersichtlichen Situation führen. Im Zweifel bieten mehrere Gymnasien in der Region ein unterschiedliches Modell an. Mehr noch: Eltern müssen bereits in der Grundschule entscheiden, ob ihr Kind auf ein Gymnasium mit G8- oder mit G9-Abitur gehen soll. Und im Falle eines Umzugs in NRW kann auch nicht gewährleistet werden, dass am neuen Wohnort ein Gymnasium mit dem entsprechenden Angebot überhaupt vorhanden ist. Deswegen wollen wir eine einheitliche Rückkehr aller Gymnasien zu G9; gleichzeitig soll es eine individuelle Schulzeitverkürzungen als Angebot für die Schülerinnen und Schüler geben, die einen Jahrgang überspringen wollen und können.

2. Uns fehlt im Gesetzesvorhaben der Landesregierung eine klare Aussage zum Erhalt und Ausbau des Ganztags. Hier ist in den letzten Jahren viel Gutes aufgebaut worden, was erhalten bleiben sollte. Denn die bloße Rückkehr zum alten und herkömmlichen G9 will ja niemand. Das Gymnasium hat sich aufgrund der Stundentafel immer mehr zu einer Ganztagschule entwickelt. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen wir solche Ganztagsangebote. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für eine Chancengleichheit an Schulen, unabhängig von der sozialen Herkunft. Dies wird auch von zahlreichen Studien belegt. Ferner ermöglichen sie, insbesondere in einem Alter, in dem die Kinder noch nicht völlig selbstständig sind, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

3. Zu guter Letzt: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer die Rückkehr zu G9 beschließt, muss auch endlich die gymnasiale Oberstufe reformieren. Das zusätzliche Jahr sollte nicht ausschließlich für Unterricht genutzt werden. Schule soll nicht nur Wissen, sondern auch eine umfassendere Bildung für das Leben und zur Persönlichkeitsbildung vermitteln. So sollte etwa jede Schülerin und jeder Schüler das Abitur in einem individuellen Lerntempo absolvieren oder aber die Zeit für gesellschaftliches Engagement, für ein Auslandsjahr, berufliche Praktika und anderes genutzt werden. Dies alles hat uns im Gesetzesvorhaben gefehlt, weshalb wir uns bei der Abstimmung enthalten haben. All das könnt ihr auch in unserem Entschließungsantrag nachlesen, den wir ebenfalls zur Abstimmung gestellt haben ([Drucksache 17/3125](#))

Weitere Informationen

Serdar Yüksel



Carina Gödecke



Karsten Rudolph



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL, Karsten Rudolph MdL,
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2502